

Helvetische Bank  
Die Bank für Unternehmer  
Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich  
Tel. 044 204 56 00  
www.helvetischebank.ch

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND  
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

<b>Eidgenössische Politik</b> US-Sicherheitspapier kritisiert die EU von Reinhard Wegelin Seite 2	<b>Kanton Zürich</b> Die Zeichen stehen auf Steuersenkung von Ueli Bamert Seite 3	<b>Aktuell</b> EU-Vertrag entwertet unser Bildungssystem von Huldrych Thomann Seite 4	<b>Parlamentsgemeinden</b> «Gebundene» Ausgaben und deren Gefahren von Charlotte M. Baer Seite 6	<b>Veranstaltungs-Tipp</b> SVP-Präsident Marcel Dettling in Küsnacht Seite 4
--	--	--	---	--

DIE DREISTEN IDEEN DER POLITISCHEN ELITE, DAS VOLK AUSZUTRICKSEN

## Die erste grosse Schlacht um den EU-Monstervertrag: Das Ständemehr

Die Diskussion ums Ständemehr ist die Kardinalfrage im umstrittenen EU-Dossier: Soll der Unterwerfungsvertrag, der auf Drängen der EU den bilateralen Weg zwischen Brüssel und Bern beendet und die Schweiz institutionell an das Konstrukt EU bindet, einer obligatorischen Volksabstimmung vorgelegt werden oder müssen die Kritiker erst Unterschriften sammeln?

Als der Bundesstaat Schweiz im Jahre 1848 errichtet wurde, galt das Ständemehr als Eckpfeiler des Föderalismus: Jede Änderung der Bundesverfassung benötigt an der Urne nicht nur das Mehr der Bevölkerung, sondern auch der Kantone, und zwar automatisch. Die Hürden wurden so bewusst höher gesetzt als bei Gesetzen.

Einer langjährigen Praxis zufolge muss das obligatorische Referendum auch bei Staatsverträgen von bedeutender Tragweite zur Anwendung kommen. Man nennt dies «Referendum sui generis». Festgeschrieben ist das indes nirgends. Beim Urnengang über den Beitritt zum EWR 1992 hatte sich die Politik zu Recht für das obligatorische Referendum entschieden, die Bevölkerung lehnte mit 50,3 Prozent knapp, die Kantone mit 18 zu 8 deutlich ab. Bei den Abstimmungen über die Bilateralen 2000 und 2005 hatte sich das Es-

tablishment gegen das doppelte Mehr entschieden; so war für die Verträge von Schengen und Dublin nur ein Volksmehr erforderlich. Mit dem Verfahren der langjährigen Praxis bei Staatsverträgen wären wir also von den offenen Grenzen verschont geblieben.

### Fundamentale Auswirkungen auf unsere Institutionen und unser Leben

Das doppelte Mehr ist zunächst zwingend, weil der Monstervertrag und seine Regeln zahlreiche Bestimmungen unserer Verfassung aushebeln. Insbesondere verpflichtet sich die Schweiz mit diesen Verträgen, das bisherige und vor allem heute noch unbekanntes, neues EU-Recht sofort, laufend und automatisch zu einem Teil der Schweizer Rechtsordnung zu machen. Es braucht in den allermeisten Fällen kein Schweizer Gesetz mehr zur innerstaatlichen Umsetzung. Daher entfällt auch die Möglichkeit, sich in Vernehmlassungen zu äussern und das Referendum gegen etwas zu ergreifen. Beschliesst die EU-Kommission beispielsweise eine neue Richtlinie zur Konzernverantwortung und erklärt diese für binnenmarktrelevant, tritt diese auch bei uns ohne Zutun

unserer Behörden automatisch in Kraft. Damit werden Parlament und Volk in ihren Gesetzgebungskompetenzen ausgeschaltet. Würde nachträglich ein Referendum beschlossen, wären die Stimmbürger durch die drohenden Ausgleichsmassnahmen massiv in ihrer verfassungsmässig verbrieften Abstimmungsfreiheit beschränkt.

Denn zur Kontrolle der unmittelbaren Integration in die Schweizer Gesetzessammlung sind Schiedsgerichte vorgesehen, die zur Durchsetzung der EU-Regeln hierzulande das EU-Gericht konsultieren müssen. Auf diese Weise verändern diese Verträge unsere demo-

«Es geht nur darum, uns möglichst hürdenlos an die Brüsseler Bürokratie zu ketten.»

kratischen Prozesse: Wir geben die Kompetenz zur Gesetzgebung in bestimmten Themen an Brüssel ab, so insbesondere in sensiblen Bereichen wie Zuwanderung, Strom, Lebensmittel oder Gesundheit in Krisenzeiten.

Mit der Übernahme der Unionsbürgerrechtlinie und dem Daueraufent-



Der Bundesrat und das politische Establishment wollen das Volk umgehen und kein obligatorisches Referendum.

Bild: zvg

haltsrecht wird das Einwanderungsrecht in die Schweiz massiv ausgeweitet. Das widerspricht dem Massenzuwanderungsartikel 121a der BV. Der Pakt mit Brüssel bedeutet auch eine Verletzung dieser Verfassungsnorm. Die Schweiz verlässt in noch weitergehendem Masse als heute Einfluss auf die Migration aus den Mitgliedstaaten. Ebenfalls eine materielle Verfassungsänderung, weshalb das doppelte Mehr zwingend sein muss.

Das Ständemehr ist aber auch Pflicht, weil die Abkommen tief in die verfassungsrechtlich verankerte Souveränität der Kantone eingreifen. Wohnbauförderung, Verantwortung über die Elektrizitätswerke und vieles mehr: Alles wird dann mit einem Schlag nicht mehr von den Kantonen und Gemeinden, sondern von der EU bestimmt.

### ...aus taktischen Überlegungen... aufs doppelte Mehr verzichtet

Schon im April hat der Bundesrat dem Parlament empfohlen, das Volk soll bei den Rahmenverträgen nur dann mitbestimmen dürfen, wenn jemand 50000 Unterschriften sammelt. Ansonsten tritt der Unterwerfungsvertrag, dessen Vor-

teile für die Schweiz man vergeblich sucht, mit all seinen fatalen Wirkungen automatisch in Kraft. «Der Bundesrat geht kaum auf die staatspolitischen Aspekte der EU-Verträge ein, auch weil er eine Abstimmung mit Ständemehr verhindern möchte», schrieb beispielsweise die «NZZ» treffend.

Aussenminister Ignazio Cassis gab denn auch unumwunden zu, der Bundesrat habe vor allem aus taktischen Gründen entschieden. Man denkt, was die EU betrifft, längst nicht mehr in sachlichen Kategorien; es geht nur noch darum, uns möglichst hürdenlos an die Brüsseler Bürokratie zu ketten.

Dem Ständemehr wird heute vorgeworfen, es nütze eher den kleineren Landkantonen in der Inner- und Ostschweiz und benachteilige die «Grosen» Zürich und Bern sowie die urbanen Zentren und die Romandie.

Aber je mehr Zeit verstreicht und je mehr die Schweizer über die miserabelsten Verträge, die unsere Diplomaten niemals ausgehandelt haben, erfahren, desto schwerer werden es die Befürworter haben, die Bürger für ihr Hilfsmittelfahrtskommando zu erwärmen.



Barbara Steinemann  
Nationalrätin SVP  
Watt-Regensdorf

**Christbäume**  
Schweizer Rot- und Nordmanntannen  
Uetikon am See  
ab Hof Weber-Gachnang  
12. – 24. Dez.  
täglich 09:00 – 17:00  
Herrliberg  
Weihnachtsmarkt  
13. Dezember  
11:00 – 17:00  
Herrliberg  
Hof Schlattgut  
Ab 14. Dezember  
Theres u. Felix Weber-Gachnang  
Holländerstr. 75, 8707 Uetikon  
079 693 73 51 / 0794331478  
www.bergli-christbaum.ch

Die SVP wünscht Ihnen eine wunderschöne Adventszeit!



Christoph Mörgeli

## Kleinmütige Gernegrosse

Wir Schweizer wählen Politiker und dulden Beamte, die unser Land nicht klein genug reden können. Sie wollen uns erlösen durch die Integration in die Europäische Union. Wir seien schwach, anfällig und mitgenommen, wir könnten nur im Schutz eines Grösseren überleben. Sie zittern und schlottern vor der EU wie ein Kaninchen vor der Schlange. Der ausgehandelte Anbindungsvertrag sei unumgänglich. Man solle gefälligst die realen Grössenverhältnisse sehen – 27 Staaten mit 450 Millionen Einwohnern. In einer unsicheren Welt liege das Heil einzig in den starken Armen Europas. Doch wie robust steht dieser grosse Bruder da? Wenn über Frieden im Nahen Osten oder in der Ukraine verhandelt wird, sitzt die EU nicht einmal am Katzentisch. Ihre Kriegsrhetorik ist umgekehrt proportional zur Abwehrbereitschaft. Ihr Anteil an der Weltwirtschaft liegt noch bei 14 Prozent. Die Verschuldung der Staaten ist genauso verheerend wie der endlose Migrationsstrom. Die Opposition wird mit Zensur und Demokratieabbau erstickt. Grelle Klimapanik, galoppierende Inflation nebst Abbau der Industrie und Ausbau des Sozialismus haben die Europäische Union in die grösste Krise der Nachkriegszeit gestürzt. An diese krisengeschüttelte EU wollen unsere kleinmütigen Gernegrosse in Bern die Schweiz andocken. Gleichzeitig plustern sie sich gegenüber den wirklichen Supermächten auf. Da spielen die Macht- und Grössenverhältnisse plötzlich keine Rolle mehr. Den grottendoofen Amerikanern werden wir schon den Meister zeigen. Das fehlte ja noch, dass wir uns von der US-Zollpolitik beeindruckt lassen. Den bösen Russen haben wir mit unserer Sanktionspolitik auch wirksam die Uniformknöpfe eingetan. Und den Chinesen präsentieren wir Humanitätsweltmeister ohnehin täglich die rote Karte. Die 1,4 Milliarden sind ja zum Glück ziemlich weit weg. Die verzagten EU-Unterwerfer und grossmäuligen Kritiker von den USA, Russland und China sind schmerzfrei in ihrer Peinlichkeit. Sie sehen sich als Weltbürger und sind bloss EU-Spiessbürger. Bei ihnen haben sogar die Gedanken Hausverbot.

## SESSIONSRÜCKBLICK 2. WOCH

### Hitzige Budgetdebatte in Bern

Nun ist die 2. Sessionswoche in Bundesbern bereits zu Ende. Die Themen waren unter anderem das Budget, viele Parlamentarische Initiativen und die vielseitige Fragestunde an die Bundesräte.

Nina Fehr Düsel  
Nationalrätin SVP  
Küsnacht

Im Voranschlag des Bundes für 2026 lässt die Schuldenbremse dem Parlament einen Spielraum von 372 Millionen Franken. Das sei nur aufgrund von Sparmassnahmen und unerwarteten Steuereinnahmen aus dem Kanton Genf

möglich geworden, mahnt der Bundesrat. Die Finanzkommissionen beider Räte beantragen dennoch Dutzende von Anpassungen und Kürzungen. Viele davon wurden auch angenommen, dennoch muss die Schuldenbremse unbedingt eingehalten werden.

Die Bundesfinanzen haben für hitzige Diskussionen gesorgt. Die SVP konnte erfreulicherweise viele Anträge durchbringen. Am Schluss segnete die Mehrheit des Parlaments das Budget ab. Natürlich hätte man noch mehr sparen können, aber immerhin konnten wir

viele Mehrheiten erlangen. Die Linken machten einen Aufstand, da das Budget für die Prävention gegen Frauengewalt nicht erhöht wurde. Von einer Kürzung kann aber keine Rede sein. Leider verkennen die Linken auch oft, dass betreffend Gewalt an Frauen hauptsächlich bei der Zuwanderung anzusetzen ist.

In der dritten Sessionswoche behandelt der Ständerat zudem das «Entlastungspaket 2027», mit dem der Bundesrat den Bundeshaushalt um bis zu drei Milliarden entlasten möchte.

#### Ständerat will missbräuchliche Einsprachen verhindern

Der Ständerat will gegen unnötige Verzögerungen bei Bauprojekten vorgehen. Er möchte genauer definieren, wer zur Einsprache berechtigt ist. Oppositionslos nimmt die kleine Kammer zwei Motionen von Andrea Gmür-Schönenber-

dert werden. Dies verschärft die Wohnungsknappheit und macht das Ganze teurer. Dazu habe ich auch schon einen Vorstoss eingereicht. Künftig soll definiert werden, wer von einem Bauvorhaben direkt und besonders betroffen ist und somit ein schutzwürdiges Interesse geltend machen kann.

#### Fragestunde an den Bundesrat

Am Montagnachmittag fand die obligate Fragestunde an die Bundesräte statt, wobei sehr viele Fragen eingereicht wurden. Ich wollte vom Bundesrat wissen, ob es zutrifft, dass mit den neuen EU-Verträgen mit der EU-Unionsbürgerrichtlinie der Familiennachzug auf ganze Familienclans ausgeweitet würde. Leider war die Antwort eher schwammig. Auch andere Fragen zu den Themen Asyl und den verletzten Gaza-Kindern wurden beispielsweise von Pascal Schmid (Nationalrat SVP, TG) eingereicht.

#### Traditionelles Fraktionessen

Am Dienstagnachmittag findet immer die Fraktionssitzung der SVP statt. Diesmal machten wir auch noch ein Gruppenfoto der ganzen SVP-Fraktion vor dem obligaten Weihnachtsbaum und auch ein Foto aller Zürcher Vertreter.

Am Mittwoch fand das traditionelle Weihnachtessen unserer Fraktion im Casino in Bern statt – immer ein sehr schöner Anlass, wobei ebenfalls Ehemalige und SVP-Vertreter aus den Kantonen teilnehmen. Auch am Abend gibt es immer sehr viele Anlässe und Lobbyveranstaltungen.



Die Zürcher SVP-Vertreter in Bern wünschen Ihnen eine frohe Adventszeit. Bild: zVg

#### «Guy Parmelin wurde mit einem Glanzresultat zum Bundespräsidenten gewählt.»

ger (Ständerätin Die Mitte, LU) an. Beide Vorstösse benötigen noch die Zustimmung des Nationalrats. Der Bundesrat wäre einverstanden, entsprechende Gesetzesänderungen auszuarbeiten.

Heute können Bauprojekte bereits durch kleine Einsprachen über Jahre hinweg verzögert oder gänzlich verhin-

#### US-SICHERHEITSSTRATEGIEPAPIER LÄSST AUFHORCHEN

### EU ohne Meinungsfreiheit und ohne Demokratie

In einem neuen Sicherheitsstrategiepapier sehen die USA die Meinungsfreiheit und Demokratie in Europa gefährdet.

Reinhard Wegelin  
Alt Parteisekretär SVP  
Pfäffikon

In dem 33-seitigen Dokument beklagen die USA einen Verlust der Demokratie und Meinungsfreiheit in der EU und fordern eine Kurskorrektur. Europa stehe vor grossen Problemen, heisst es in dem Dokument. Dazu zählen nach Ansicht der US-Regierung unter anderem die «Zensur der freien Meinungsäusserung und die Unterdrückung der politischen Opposition, abstürzende Geburtenraten sowie der Verlust nationaler Identitäten und des Selbstvertrauens».

#### Kein Friedenspräsident mehr?

Eines muss allerdings bei jeder Kritik festgestellt werden: Trumps «America First» zieht die USA nicht aus der globalen Verantwortung. Das sieht man beispielsweise im Umgang mit Venezuela oder auch mit der Bombardierung des Irans. Trumps Nimbus als Friedenspräsident ist also nicht mehr so weit her.

#### Patriotische Parteien als Hoffnung

Bezüglich der Europäischen Union ist die Aussage der Administration Trump klar: Ziel der amerikanischen Politik müsse es sein, Europa «auf den richtigen Kurs» zurückzuführen. Der Charakter und die Geschichte der einzelnen europäischen Staaten müssten gewahrt und ihr Selbstbewusstsein gestärkt werden. «Anlass zu grossem Optimismus» gebe der wachsende Einfluss «patriotischer europäischer Parteien». Dabei meint Trump etwa den ungarischen Regierungschef Viktor Orbán oder die deutschen und österreichischen Oppositionsführer Alice Weidel und Herbert Kickl.

#### Doppelrolle der Staaten

Anlässlich einer Entscheidung der EU, eine Millionenstrafe gegen Elon Musks Online-Plattform X wegen «Transparenzmängeln» zu verhängen, äusserte sich der Vize-Aussenminister der USA, Christopher Landau, erneut kritisch. In einem X-Beitrag beschwerte er sich über die Doppelrolle der Staaten, die sowohl der NATO als auch der EU angehörten. Hätten diese Staaten ihren «NATO-Hut» auf, pochten sie auf die Bedeutung der transatlantischen Zusammenarbeit, schrieb Landau. Mit ihrem «EU-Hut» verfolgten sie gleichzeitig aber politische Agenden, «die oft den Interessen und der Sicherheit der USA völlig zuwiderlaufen».

Interessant sind die Reaktionen zu Deutschland. Der CDU-Aussenpolitiker Norbert Röttgen meint etwa: «Wenn diese Strategie Erfolg hätte, würde es die EU nicht mehr geben.» Vielleicht müsste man noch weiter gehen: Die Nachkriegsordnung wäre dann sozusagen obsolet. Hat die deutsche Regierung etwa Angst davor, dass die US-Truppen eines Tages aus Deutschland abziehen könnten?

Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde kein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen. Auch in der Folgezeit standen die Regelung der Kriegsfolgen und die Überwindung des Ost-West-Konflikts im Vordergrund diplomatischer Bemühungen. Regelungen, wie sie in einem Friedensvertrag zu finden sind, wurden teils durch Zeitablauf obsolet. Die Verhandlungen mit den Siegerstaaten des Zweiten Weltkrieges bei der Wiedervereinigung liessen einen Friedensvertrag weitgehend in den Hintergrund rücken. Allerdings ist die UN-Feindstaatenklausel gegen Deutschland und Japan weiterhin formal in Kraft.

#### Elon Musks Aufforderung

Elon Musk goss noch weiteres Öl ins Feuer, als er sagte, alle nationalen Par-

teien müssten zusammenstehen und dafür kämpfen, die EU aufzulösen: Die EU sollte aufgelöst und die Souveränität an die einzelnen Länder zurückgegeben werden, damit die Regierungen ihre Bevölkerung besser vertreten könnten.

#### EU-Knebelverträge

Und in einer solch kritischen Lage soll die Schweiz Knebelverträge mit der

EU abschliessen? Das ist schlicht unmöglich, denn die EU und vor allem die EU-Kommission und deren Präsidentin sind keine demokratisch voll legitimierte Gremien. EU-Handeln wird mittels Zensur und willfährigen Richtern hochgehalten. Freiheit ist weit und breit keine zu sehen. Unter diesem Blickwinkel ist es gut, wenn die EU von den USA mit einem Strategiepapier weiterhin unter Druck gesetzt wird. Das kann der Schweiz nur nützen.

### Nationale Sicherheitsstrategie

der Vereinigten Staaten von Amerika

November 2025



Es kann der Schweiz nur recht sein, wenn die EU durch die USA unter Druck gesetzt wird.

Bild: zVg

BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

# Die Zeichen stehen auf Steuersenkung

Im Dezember stehen im Kantonsrat traditionell die Budgetberatungen an. Bevor sich das kantonale Parlament am vergangenen Montag aber mit Leistungsgruppen, Steuerfuss und KEF-Erklärungen beschäftigen konnte, wurden zunächst noch einige reguläre Geschäfte beraten – unter anderem eine SVP-Volksinitiative.



**Ueli Bamert**  
Kantonsrat SVP  
Zürich

Sobald auf dem grossen Adventskranz in der Mitte des Kantonsratsaals mehr als eine Kerze brennt, ist es wieder so weit: Das Parlament berät das Budget des Kantons Zürich für das kommende Jahr. Die Problemstellung ist dieselbe wie seit jeher: Als wäre es ein Naturgesetz, wächst die kantonale Verwaltung und folglich das Budget Jahr für Jahr kontinuierlich an. Und so plant der

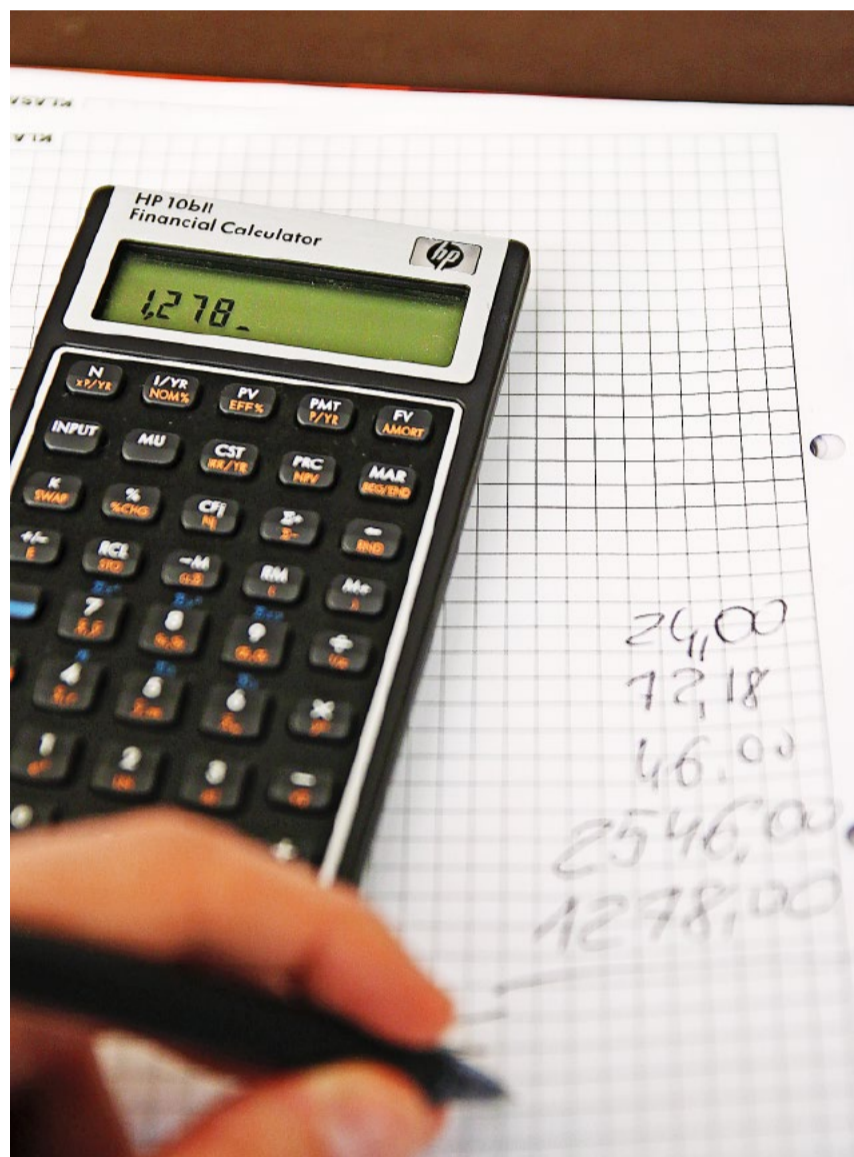
grösste Kanton des Landes, auch 2026 wieder rund 20 Milliarden auszugeben, mehr als manch ein Kleinstaat. Auch die Argumente der Parlamentarier ähneln sich jedes Jahr wie aufs Haar: Während die Linken in jedem Sparantrag gleich den Untergang an die Wand malen und der Gegenseite vorwerfen, den Staat «totzusparen», kann sich die Mehrheit aus SVP, FDP, Die Mitte und GLP nicht darauf einigen, wo denn überhaupt gespart werden soll. Und so dürfte die Budgetdebatte einmal mehr zur Farce verkommen, denn das Kantonsparlament wird auch heuer wieder bestenfalls Einsparungen im Promille-Bereich beschliessen – ganz nach dem Motto «ausser Spesen nix gewesen».

### Bazar um den Steuerfuss

Spannend dürfte es dagegen beim Kampf um den Steuerfuss werden: Dieser wird bekanntlich nur alle zwei Jahre diskutiert und für 2026 liegt ein ganzer Strauss an Vorschlägen zur Anpassung auf dem Tisch. Während die SVP zusammen mit der FDP eine Senkung des Steuerfusses um fünf Prozent fordert – eine berechnete und absolut verkraftbare Steuersenkung – kann sich Die Mitte nur gerade zu einer Senkung von drei Prozent durchringen. Diesen Kompromiss könnten wir zähneknirsch unterstützen. Kaum unterstützen können wir jedoch die von der GLP geforderte mickrige Zwei-Prozent-Steuersenkung. Leider hat die GLP, auf die in finanzpolitischen Fragen sonst halbwegs Verlass ist, hier komplett den Mut verloren. Nicht ganz überraschend verzichten die linken Parteien auf jegliche Steuersenkung oder sie fordern, wie die AL, sogar eine Steuererhöhung – irgendjemand muss ja den ausufernden Sozialstaat, den die Linken stets fordern, finanzieren. Wie das Gerangel um den Steuerfuss ausgehen wird, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Immerhin: Die Zeichen stehen auf Steuersenkung.

### Krankenkassenprämien entschärfen

Bevor die grosse Budgetschlacht am Montag allerdings losgehen konnte, wurden noch einige reguläre Geschäfte behandelt: Zunächst wurde ein Rahmenkredit für Solidaritätsbeiträge des Kantons an Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen vor 1981 einstimmig gutgeheissen. Betroffene sollen mit maximal 25 000 Franken entschädigt werden. Obwohl begangenes Unrecht mit Geld nur sehr bedingt wiedergutmacht werden kann, handelt es sich hier um ein wichtiges Zeichen angesichts eines dunklen Kapitels der Schweiz. Danach wurde die langfristige, strategische Immobilienplanung des kantonalen Immobilienamts verabschiedet. Und zum Schluss behandelte der Rat die kantonale Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock: Für eine automatische Entlastung bei den Krankenkassenprämien» der beiden SVP-Kantonsräte Stefan Schmid und Paul Mayer hitzig und kontrovers. Mehr dazu erfahren Sie gleich im Kommentar nebenan von den Initianten persönlich.



Steuern rauf oder runter? Im Kantonsrat geht es nicht nur bei der alljährlichen Budgetdebatte um sehr viel Geld.

Bild: zVg

WORTE DES FRAKTIONSPRÄSIDENTEN

## Freiheit braucht Werte

Am letzten Montag durften wir an unserem Fraktionsweihnachtessen Prof. Dr. Frank Urbaniok begrüessen. Seine Botschaft war klar: Die Kriminalitätsstatistiken zeigen seit Jahren ein hartnäckiges Muster. Migranten aus stark abweichenden Kulturkreisen sind in der Kriminalitätsstatistik um ein Mehrfaches häufiger vertreten als Einheimische. Urbaniok betonte, dass nicht die Nationalität dieses Muster erklärt, sondern die kulturellen Normen, die einen Menschen prägen. In Gesellschaften, in denen Gewalt eher akzeptiert ist, Loyalität gegenüber der Gruppe über dem Rechtsstaat stehen kann oder Konflikte anders ausgetragen werden, steigt die Deliktbereitschaft. Das ist keine Polemik, sondern eine nüchterne Erkenntnis aus jahrzehntelanger empirischer Analyse. Wer diese Fakten ignoriert, riskiert die Sicherheit unseres Landes.

### Freiheit kommt von innen

Gerade jetzt, kurz vor Weihnachten, lohnt sich der Blick auf die Frage, worauf unsere eigene Ordnung überhaupt beruht. Der Harvard-Professor Clayton

Christensen hat eindrücklich beschrieben, weshalb freiheitliche Demokratien nur funktionieren, wenn die Menschen sich aus eigener Überzeugung begrenzen. Eine freie Gesellschaft lebt nicht davon, dass der Staat alles kontrolliert, sondern davon, dass die Bürger Verantwortung übernehmen – weil sie sich innerlich moralisch verpflichtet fühlen. Das Prinzip der persönlichen Verantwortung vor Gott schafft eine Freiheit, die kein Staat erzwingen kann. Wenn eine Gesellschaft diese innere Grundlage verliert, muss der Staat immer stärker regulieren – und genau dann beginnt die Freiheit zu erodieren. Weihnachten erinnert uns daran, dass unsere Kultur von einem Freiheitsbegriff geprägt ist, der aus dem Inneren kommt und nicht aus staatlichem Zwang.

Diese beiden Perspektiven führen zum gleichen Schluss: Ein Land kann Migration nur dann verkraften, wenn die kulturellen Grundlagen stark bleiben. Es braucht Regeln, klare Grenzen und eine Zuwanderungspolitik, die schützt, was unser Land zusammen-

hält. Eine Demokratie überlebt nicht, wenn sie kulturell verwässert oder wenn sie Menschen aufnimmt, die mit unseren Grundwerten unvereinbar sind. Sicherheit und Freiheit sind keine Selbstläufer. Sie müssen gepflegt, verteidigt und bewusst weitergegeben werden.

### Schützen, was uns stärkt

Fazit: Weihnachten ist mehr als ein Fest. Es ist eine Erinnerung daran, dass unsere Freiheit auf Werten beruht, die wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen dürfen. Darum stehen wir ein für Ordnung, für Sicherheit und für die kulturelle Basis, die unser Land stark gemacht hat: das christliche Fundament unserer Gesellschaft.



von  
**Tobias Weidmann**

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

## Gegenvorschlag gescheitert – Initiative «Stopp Prämien-Schock» kommt vors Volk



**Stefan Schmid**  
Kantonsrat SVP  
Niederglatt



**Paul Mayer**  
Kantonsrat SVP  
Marthalen

Nach intensiver Debatte im Zürcher Kantonsrat ist der Gegenvorschlag von SP, Grünen und GLP zur Initiative «Stopp Prämien-Schock» gescheitert. Die SVP konnte mit klaren Argumenten die Schwächen des Gegenvorschlags aufzeigen. Nun entscheidet das Volk am 14. Juni 2026 über die automatische Steuerentlastung bei steigenden Krankenkassenprämien.

Die Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock» will die doppelte Schröpfung der Prämienzahlerinnen und Prämienzahler stoppen. Das Problem: Für viele Zürcherinnen und Zürcher werden Lohnerhöhungen sogleich von den steigenden Krankenkassenprämien aufgeessen. Obschon von einer Lohnerhöhung kaum etwas übrig bleibt, erhebt der Staat munter Steuern darauf, was zur kalten Progression führt. Die Volksinitiative will, dass bei steigenden Krankenkassenprämien sich auch der Steuerabzug für bezahlte Versicherungsprämien im gleichen Ausmass erhöht. Dies entlastet den breiten Mittelstand von einer schleichenden steuerlichen Mehrbelastung.

Steuerabzüge sind der Linken ein Dorn im Auge. Daher hatte die SP mit Unterstützung von Grünen und GLP einen Gegenvorschlag konstruiert, der die Volksinitiative unterminieren soll, indem er den Abzug abschafft und vermeintliche Gutschriften vorsieht. Der komplizierte Gegenvorschlag hätte den Mittelstand je-

doch nicht entlastet, sondern zu neuen Ungerechtigkeiten geführt. Durch die Streichung des Abzugs wäre das steuerbare Einkommen angestiegen, was aussersteuerlich direkt zu Mehrbelastungen führt – etwa bei der individuellen Prämienverbilligung (IPV) und bei Kita-Elternbeiträgen. Für eine Familie in der Stadt Zürich mit 50 000 Franken steuerbarem Einkommen und zwei Kindern in der Kita an drei Tagen pro Woche hätte der Gegenvorschlag eine Mehrbelastung von 2118 Franken pro Jahr bedeutet.

Die SVP-Fraktion hat im Kantonsrat hart und beharrlich debattiert, die Schwächen des Gegenvorschlags offengelegt und dessen Nebenwirkungen auf IPV und Kita-Beiträge mit konkreten Zahlen untermauert. Damit geriet die vermeintliche Mehrheit für den Gegenvorschlag ins Wanken und die Unterstützung bröckelte. Dass auch die Zürcher Regierung den destruktiven Gegenvorschlag ablehnte und diesen gar als rechtswidrig einstufte, half letztendlich, den unsäglichen Vorschlag der SP zu bodigen.

Die SVP hat im Kantonsrat gezeigt, dass sie die Interessen des Mittelstands konsequent verteidigt. Der Gegenvorschlag war ein bürokratisches Flickwerk, das Familien und Arbeitnehmende zusätzlich belastet hätte. Dank der klaren und faktenbasierten Argumentation der SVP ist dieser demokratiefeindliche Versuch gescheitert. Jetzt liegt die Entscheidung dort, wo sie hingehört: beim Volk. Voraussichtlich am 14. Juni 2026 kann der Souverän ein starkes Zeichen gegen die schleichende steuerliche Zusatzbelastung setzen – mit einem JA zur Initiative «Stopp Prämien-Schock».

Das Votum im Kantonsrat als Video:



## Kantonale Volksinitiative



Die Initiative zeigt einen nachhaltigen Lösungsansatz auf: Steigen die Krankenkassenprämien, steigt im gleichen Umfang auch der Steuerabzug an. So schützen wir den Mittelstand nachhaltig. Bild: mittelstand-entlasten.ch

AKTUELLE MEDIENMITTEILUNGEN



Das Zürcher Veloweg-Sekten-Budget sprengt die finanzpolitische Vernunft



Angriff auf unsere Demokratie  
Zürcher Stadtrat missachtet erneut das Volk

Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



## BILDUNGSPOLITISCHE ZIELE VERKOMMEN ZUR MAKULATUR

## Das Vertragswerk Schweiz–EU führt zur Entwertung der Schweizer Maturität

Der Bundesrat und die schweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz haben im Jahr 2023 in einer gemeinsamen Erklärung unter anderem folgendes strategisches Ziel formuliert: «Der prüfungsfreie Zugang zur Universität mit gymnasialer Matur ist langfristig sichergestellt.»



**Huldrych Thomann**  
Präsident SVP Fällanden  
Fällanden

Diese Zielsetzung ist illusorisch, sofern das Vertragswerk Schweiz–EU vom Souverän angenommen wird. Denn im Änderungsprotokoll zum Abkommen über die Freizügigkeit, das zum Vertragspaket gehört, wird unter Artikel 7b festgehalten, dass die Schweizerinnen und Schweizer gegenüber den EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern in Bezug auf das Universitätsstudium keinerlei Sonderbehandlung geniessen dürfen. Als Grundlage dieser Bestimmung gilt Artikel 2 des bereits seit 2002 in Kraft stehenden Freizügigkeitsabkommens (FZA), der die «Nichtdiskriminierung» aller Staatsangehörigen der Vertragsparteien postuliert.

Im erwähnten «Änderungsprotokoll» vom 13. Juni 2025 wird dieser Artikel in Bezug auf das Bildungswesen nun ausgeweitet. Es wird präzisiert, dass die Gleichbehandlung für alle gilt, welche an einer Schweizer Hochschule studieren möchten – also auch für all jene, welche heute noch irgendwo im Raum der EU (in dem es etwa 450 Millionen Einwohner gibt) leben und irgendwann in der Schweiz studieren möchten.

### Höhere Gebühren für Schweizer drohen

Dass dies Auswirkungen auf die Studiengebühren haben wird, hat der Bun-

desrat gemerkt. In seinem Erläuternden Bericht schreibt er auf Seite 274: «Nach dem Inkrafttreten des Änderungsprotokolls zum FZA sind universitäre Hochschulen und Fachhochschulen verpflichtet, für Studierende, die Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaates sind, die gleichen Studiengebühren wie für Schweizer Studierende zu erheben, und zwar unabhängig von ihrem Wohnsitz. Der Nichtdiskriminierungsgrundsatz gilt auch für allfällige Unterstützungsmechanismen der Hochschulen bezüglich Studiengebühren (z.B. Massnahmen zum Erlass von Studiengebühren).» Der Bundesrat schlägt vor, den zu erwartenden Einnahmen-Ausfall der Hochschulen durch Zuschüsse des Bundes und der Kantone zu kompensieren. Diese Massnahme wäre allerdings befristet. Mittel- und langfristig müsste somit mit einer Erhöhung der Studiengebühren für alle – also auch für die schweizerischen Studierenden – gerechnet werden.

### Zuwanderung noch leichter gemacht

Was der Bundesrat jedoch nicht bemerkt hat, ist die Tatsache, dass im erwähnten Änderungsprotokoll nicht nur von finanziellen Belangen die Rede ist. Die Gleichstellung («Nichtdiskriminierung») bezieht sich nicht nur auf die Pflichten (Studiengebühren), sondern auch auf alle mit dem Studium verbundenen «Rechte» der Studierenden. In der französischen Fassung kommt dies klar zum Ausdruck. Die Formulierung lautet, unter Bezugnahme auf den oben erwähnten Artikel 2 des FZA: «(...) l'arti-

cle 2 s'applique, quel que soit le lieu de résidence de l'étudiant, aux taxes d'études et à tous les autres droits liés aux études.» Auf deutsch: «Artikel 2 gilt, unabhängig vom Wohnort des Studierenden, sowohl für die Studiengebühren als auch für alle anderen Rechte in Zusammenhang mit dem Studium.» Wenn also die Schweizerinnen und Schweizer gestützt auf ihr Maturitätsdiplom den prüfungsfreien Zugang zu allen schweizerischen Hochschulen haben, dann muss dieses Recht auch auf alle EU-Staatsangehörigen angewendet werden, welche heute noch in einem EU-Staat leben, für das Studium aber in die Schweiz kommen wollen. Auch sie alle müssten prüfungsfrei zum Studium zugelassen werden. Die Voraussetzung wäre einfach, dass sie (neben dem Nachweis von Sprachkenntnissen) über einen Mittelschulabschluss verfügen, der ihnen in ihrem eigenen Land die Aufnahme eines Hochschulstudiums erlaubt.

Die Folgen liegen auf der Hand: Der Zustrom von ausländischen Studierenden zu den Schweizer Hochschulen würde sich massiv verstärken und dürfte unsere Kapazitätsgrenzen bald übersteigen. Dann müsste zweifellos ein «Filter» eingebaut werden. Dieser müsste für alle «nichtdiskriminierend», also gleich, sein. Wahrscheinlich müssten die Hochschulen geeignete Aufnahmeprüfungen einführen. Das eingangs erwähnte bildungspolitische Ziel des Bundesrates und der Erziehungsdirektorenkonferenz («prüfungsfreier Zugang zur Universität mit gymnasialer Matur») wäre dann reine Makulatur.



Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag würde sich der Zustrom von ausländischen Studierenden an die Schweizer Hochschulen massiv verschärfen.

Bild: Adobe Stock

### ZUM US-ZOLL-DEAL

## Lächerliche Kritik von links

Die Kritik vorab von linker Seite an der Intervention der sechs Unternehmer bei Donald Trump im sogenannten Zollstreit – auch wegen ihrer Geschenke – ist lächerlich und offensichtlich geprägt von kleinlichem Moralismus.

Natürlich hätte man Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter einen Erfolg im Umgang mit dem sprunghaften US-Präsidenten gegönnt, aber ihre berechtigten Argumente zur Handelsbilanz Schweiz–USA sind bei ihm leider auf taube Ohren gestossen.

Umso wichtiger war neben der politischen guten Arbeit von Bundesrat Guy Parmelin und Staatssekretärin Helene Budliger Artieda auch jene der Unternehmer. Diese Doppelstrategie hat zum Verhandlungserfolg für die Schweiz

(Zölle von 15 statt 39 Prozent) geführt. Das ist das Entscheidende. Frau Budliger Artieda hat die Sache auf den Punkt gebracht: Die Unternehmer-Delegation habe bewirkt, dass Trump grünes Licht gegeben habe, um die Verhandlungen abzuschliessen. Und weil die meisten dieser Unternehmer von den Zöllen gar nicht essenziell betroffen seien, meinte sie zu Recht: «Sie haben das für unser Land gemacht.»

Übrigens gibt es in der Schweiz bei Geschenken für Politiker eine ungeschrie-

bene Regel: Erlaubt sind Geschenke, die man aus eigener Kraft nach Hause tragen kann; zwanzig Flaschen Wein, ein Auto oder eine Luxusreise nach Dubai sind also out. Diese Regel leuchtet ein und sie ist mit der Rolex und auch mit dem Goldbarren sogar gegenüber Trump erfüllt. Vieles muss sowieso abgegeben werden. Was also soll das lächerlich-peinliche Korruptionsgezetzer von links!

Nina Fehr Düsel,  
Nationalrätin SVP, Küssnacht

## SVP DIETIKON

## SVP Dietikon am Niklausschwinget 2025

Am Samichlaus-Samstag, 6. Dezember 2025, führte der Schwingklub Glatt- und Limmattal (SKGL) wiederum das traditionelle «Niklausschwinget» in der Stadthalle Dietikon durch.

Schwingerkönig Armon Orlik beehrte das Fest ebenfalls und gewann das diesjährige Niklausschwinget am Ende standesgemäss. Die SVP Dietikon gratulierte ihm herzlich zum Sieg und dem Fest-OK zu einem einmal mehr tollen Sportanlass!

Die vielen Besucherinnen und Besucher verfolgten nicht nur mit grosser Begeisterung das Schwingen, sondern genossen auch die Geselligkeit mit gutem Essen und feinen Getränken. Aus der regionalen und kantonalen Politik fanden «gewichtige Politiker und Politikerinnen» den Weg nach Dietikon in die Stadthalle:

Nebst Stadträtin Mirjam Peter, Stadtpräsident Roger Bachmann, Gemein-

ratspräsident Koni Lips und Kantonsrat Rochus Burtscher beehrte auch in diesem Jahr erneut Regierungsrat und Sportminister Mario Fehr das Niklausschwinget.

Der Austausch mit Schwingerkönig Armon Orlik, der sich im Limmattal offenkundig wohlfühlt, war sehr interessant. Wir hoffen auf ein Wiedersehen mit dem Schwingerkönig im nächsten Jahr beim Niklausschwinget 2026, das hoffentlich wieder vor gefüllten Zuschauerrängen stattfinden wird.

Rochus Burtscher,  
Kantonsrat und  
Präsident SVP Dietikon



v.l.n.r.: Regierungsrat Mario Fehr, Stadtpräsident Roger Bachmann, Schwingerkönig Armon Orlik und OK-Präsident Ralph Hofer.

Bild: zvg

### SVP KÜSNACHT

## JAHRESAUSKLANG



MIT MARCEL DETTLING  
Nationalrat & SVP PRÄSIDENT

Anmeldung bestätigt unter Angabe der Namen und durch Einzahlung bis spätestens 30. November 2025 auf:  
SVP, Ortspartei Küssnacht  
IBAN: CH22 0900 0000 8001 5866 7



FR: 12 DEZ | SCHÜTZENSTUBE KÜSNACHT CHF 40.- | 18:30 UHR

Noch freie Plätze. Barzahlung vor Ort möglich.

Persönliche Mitteilung vom Samichlaus:  
Versli nicht vergessen!



MEDIENMITTEILUNG DER SVP BÄRETSWIL

## Die SVP Bäretswil stellt ein starkes Team für die kommenden Gemeindewahlen

Im Gemeinderat strebt die Partei drei Sitze an. Neben den bewährten bisherigen Gemeinderäten Lisa Dietrich und Beat Fuhrer nominiert die SVP neu ihre Präsidentin Susanne Gerber. Sie ist in der Gemeinde bestens vernetzt und hat nach der Gesundheitsbehörde nun auch zwei Amtsdauern in der RPK geleistet.

In der Schulpflege treten die bisherigen Claudia Egli sowie Hansruedi Erzinger als Mitglieder an. Zudem nominiert die Partei Philippe Délitroz als Präsident der Schulpflege. Als Informatiker setzt er auf pragmatische Lösungen und versteht sich als Brückenbauer zwischen Interessengruppen. Er steht für traditionelle Schweizer Werte und engagiert sich für eine lebensnahe Schule, wo die Kinder im Zentrum stehen.

Für die Rechnungsprüfungskommission nominiert die SVP den Bisherigen Marcel Andri. Zudem stellt sie zwei neue Kandidaten, die Unternehmer Florian Müller sowie Thomas Egli.



Beat Fuhrer, Gemeinderat und Vizepräsident SVP Bäretswil

Oben, v.l.n.r.: Claudia Egli, Thomas Egli, Hansruedi Erzinger, Susanne Gerber, Philippe Délitroz, Florian Müller; unten, v.l.n.r.: Marcel Andri, Lisa Dietrich, Beat Fuhrer.

Bild: zVg

GEMEINDEWAHLEN IN ILLNAU-EFFRETIKON

## Unterstützungskomitee Daniel Huber & Simon Binder in den Stadtrat

Ohne Einsitz in die Stadtregierung verliert die SVP in Illnau-Effretikon zunehmend an Bedeutung. Damit die Kehrtwende gelingt, brauchen wir Ihre Unterstützung. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese schnell wachsende Stadt zu einer weiteren linken Hochburg verkommt.



Simon Binder  
Stadtparlamentarier und  
Stadtratskandidat SVP  
Illnau-Effretikon

Sehr geschätzte Leserinnen und Leser, schon die zweite Legislaturperiode in Folge verpasste die SVP den Einzug in die Illnau-Effretiker Stadtregierung. Dieser Umstand ist nicht nur für unsere Ortspartei sehr unglücklich, sondern geht auch an unserer Stadtgemeinde nicht spurlos vorbei: Unser städtischer Haushalt kratzt im kommenden Jahr an der Schuldenobergrenze und die aktuelle Stadtregierung kündigte bereits an, den Steuerfuss per 2027 abermals erhöhen zu wollen. Und dies, obschon

wir bereits jetzt 15 Steuerprozent über dem kantonalen Mittel liegen. Gleichzeitig wird die Handlungsfreiheit der Bürger und Gewerbetreibenden immer mehr verkompliziert oder gar eingeschränkt.

### Eine Stadt am Scheideweg

Um unseren städtischen Haushalt als ausufernden Selbstbedienungsladen zu bremsen sowie Eigenverantwortung und Unternehmertum zu fördern, brauchen wir die passenden Mehrheitsverhältnisse. Der Wahlsonntag vom 8. März 2026 wird für unsere Stadtgemeinde zur Schicksalswahl, denn wir erleben mit der Zentrumsentwicklung rund um den Bahnhof Effretikon zurzeit einen bedeutenden Bevölkerungszuwachs und einen damit einhergehenden demografischen Wandel. So soll in der kommen-

den Legislaturperiode die Wohnbevölkerung um 3000 Personen anwachsen und so bis ins Jahr 2030 die 20 000-Einwohner-Grenze geknackt werden. Bei all den Neuzuzügern sind die politischen Rahmenbedingungen ein massgebender Faktor, ob unsere Stadt zu einer weiteren linken Hochburg verkommt oder ob die Entwicklung zu einem bürgerlich dominierten Lebens- und Arbeitsmittelpunkt gelingt.

### Zwei sind nicht zu bremsen

Für die Rückkehr in den Stadtrat kämpfen Daniel Huber, 40-jähriger Kundengärtner, der schon seit mehr als zwei Jahrzehnten auf kommunaler Ebene politisch aktiv ist, sowie ich, Simon Binder, 30-jähriger ETH-Agronom und dreifacher Familienvater, der in der Erwachsenenbildung arbeitet und einen Landwirtschaftsbetrieb bewirtschaftet. Gemeinsam stehen wir ein für weniger Bevormundung und mehr Selbstverantwortung, lassen gerne Taten sprechen statt leere Worte und streben nach einem schlanken Staat, der unsere engagierten Bürger unterstützt anstatt sie ausbremst. Im Stadtparlament haben wir zudem mehrfach bewiesen, dass wir mit unserer bürgerlichen Politik auch über die Parteigrenzen hinaus Mehrheiten finden, und verstehen uns als lösungsorientierte Teamplayer.

### Unterstützungskomitee lanciert

Mit dem angehenden Wahlkampf steht eine grosse Hürde bevor, jedoch steht viel zu viel auf dem Spiel, um nicht mit allen möglichen Mitteln die politische Kehrtwende zu versuchen. Mit Ihrer Unterstützung setzen wir uns für all jene ein, die sich eine pragmatische Politik nahe an den Bedürfnissen der Bevölkerung wünschen. Gerne laden wir alle Sympathisanten auch ausserhalb der Gemeindegrenzen in unser Unterstützungskomitee ein. Für unseren Wahlkampf planen wir den Abdruck der Namen von unseren Unterstützern auf Inseraten und weiteren Werbemitteln. Auch informieren wir unsere Mitglieder laufend über unseren Wahlkampf. Herzlichen Dank für jede Unterstützung!



**Huber + Binder**  
Zwei Köpfe – viele zündende Ideen

tatkräftig – konstruktiv – bürgernah

Mit diesem Festtagsplakat wollen die beiden Anwärter auf die kommende Wahlkampfkampagne für den Illnau-Effretiker Stadtrat neugierig machen. Bild: zVg

Zum Beitrittsformular ins Unterstützungskomitee «Daniel Huber & Simon Binder in den Stadtrat»:



WIE WEITER MIT DER UBS?

## Ende der Fahnenstange

In einem Interview hat mich der Journalist Matthias Ackeret gefragt: «Es könnte ja sein, dass Herr Trump sagt: Die UBS kommt jetzt nach Amerika.» Meine Antwort lautete: «Dann muss die UBS entscheiden, ob sie nach Amerika gehen will.»



Christoph Blocher  
Alt Bundesrat SVP  
Herrliberg

Ackeret fragte nach: «Was würde das für die Schweiz bedeuten?» Ich erwiderte: «Dann hätten wir die UBS nicht mehr in der Schweiz.» Die Antwort war offenbar so kurz und bündig, dass das Publikum mit grossem Gelächter reagierte.

Solange es der UBS gut geht, sind wir froh, dass sie ihren Sitz hier hat. Ich glaube nicht, dass die UBS wegzieht, weil sie eine schweizerische Bank ist – mit allen Vorteilen, die das bietet. Aber wenn in Bern allzu drastische Auflagen gemacht werden, ist ein Wegzug eine reelle Möglichkeit. Auch bei 100 Prozent Eigenkapital ist eine Bank (wie jedes andere Unternehmen) immer noch gefährdet, unter-

zugehen. Sie wird vielleicht etwas sicherer, verliert aber an Konkurrenzfähigkeit.

Das ist aber keine Lösung für das Problem, dass die UBS nicht untergehen darf, weil sie die ganze Volkswirtschaft mitreissen würde («Too Big to Fail»). Bisher konnte noch immer eine grössere Bank eine kleinere, die ins Strudeln kam, retten. Bei der UBS ist das nicht mehr möglich. Jetzt ist Ende der Fahnenstange.

Die Too-Big-to-Fail-Problematik wird brennender. Ob und wie könnten die Schweiz und damit die Steuerzahler die Grossbank noch auffangen? Wegen des untragbaren Risikos für die Schweiz schlage ich vor, dass sich die UBS in zwei separate Institute aufteilen sollte: eine UBS Schweiz und eine UBS Amerika, das heisst in zwei völlig getrennte Banken. Das wäre machbar: Man gibt den bisherigen Aktionären der UBS zwei Aktien. Eine für die UBS Schweiz und eine für die UBS Amerika.



Eine mögliche Lösung wäre eine Aufteilung in eine UBS Schweiz und eine UBS Amerika.

Bild: Adobe Stock

SVP WINTERTHUR

## Chlaus-Anlass der SVP Winterthur

Wie jedes Jahr fand am letzten Samstag traditionsgemäss der Chlaus-Anlass der SVP Winterthur statt.

Jede Sektion verteilte in Form einer Standaktion in ihrem Stadtkreis die feinen Chlaus-Biberli der Bäckerei Voland unseres Kollegen René Schweizer als kleines Dankeschön an die Bevölkerung. Diese kleine Geste fand bei Jung und Alt wie immer grossen Anklang.

In diesem Sinne wünscht die SVP Winterthur allen Mitgliedern, Unterstützenden und der gesamten Leserschaft frohe und besinnliche Festtage. Herzlichen Dank für die grosse Unterstützung in diesem Jahr.

René Isler, Kantonsrat SVP



v.l.n.r.: Kantonsrat René Isler, Silvio Wittwer sowie die Stadtparlamentarier Manuel Zannoni und Jan Ehrbar.

Bild: zVg

## Fadegrad

von  
Ueli Bamert

## Kampfzone Parkplatz

Vielleicht haben Sie es auch schon erlebt: Eine Verabredung in der Stadt, Sie nehmen das Auto, Google Maps leitet Sie geschmeidig durch die Strassen, aber einmal am Zielort angekommen, finden Sie keinen Parkplatz und drehen endlose, vergebliche Runden. Keine Angst, es geht nicht nur Ihnen so: Eines der beliebtesten Mittel der linksgrünen Stadt Zürich zur Schikanierung von Autofahrerinnen und Autofahrern ist das Streichen von Parkplätzen. Besonders in letzter Zeit scheint der Parkplatzmord in der grössten Schweizer Stadt geradezu epidemische Ausmasse anzunehmen. Der neueste Streich: Am Bahnhof Tiefenbrunn werden fünf Kurzzeitparkplätze aufgehoben und in einen gelben Veloparkplatz verwandelt. Die restlichen Plätze sind bis auf Weiteres unter Baustellenmaterial verborgen. Kurz anhalten, um etwas einzukaufen oder jemanden abzuholen, das ist zukünftig nicht mehr möglich. Ein besonders absurdes Beispiel findet sich im Stadtteil Wiedikon: Hier hat die Stadtverwaltung entschieden, vor einem Gebäude, in dem eine Arztpraxis und eine Firma für Prothesen (!) untergebracht sind, einen Auto- in einen Veloparkplatz zu verwandeln. Es wäre beinahe zum Lachen, wenn es nicht so ärgerlich wäre.

Selbstredend bleiben die neuen Veloparkplätze die meiste Zeit über leer, denn es gibt gar nicht genügend Velos, um die vielen Plätze zu füllen. Das kümmert die Linken aber nicht, denn es geht ihnen gar nicht um Velos, sondern immer nur gegen das Auto. Parkplätze werden geopfert, wo es nur geht – nicht nur für Veloparkplätze, sondern auch für Velowege, Grünflächen, Begegnungszonen, häufig sogar gänzlich ohne Grund. Der Parkplatzabbau ist dabei längst nicht das einzige Instrument im Werkzeugkasten der Stadt zur Bekämpfung des Autos. Munter werden Spuren abgebaut, Velowege gefördert, Abbiegemöglichkeiten gestrichen, Parkgebühren erhöht und Tempo-30-Zonen angeordnet – man kennt es. Damit wir uns richtig verstehen: Gerade im Verkehrsbereich muss eine Stadt sich auch entwickeln können. Die Strasse ist für jeden da und im begrenzten Strassenraum müssen alle Verkehrsträger nebeneinander Platz haben. Dazu wären allerdings pragmatische Lösungen gefragt: Wer weniger externe Autos in der Stadt möchte, müsste grosse Parkhäuser am Stadtrand planen und Park & Ride attraktiver machen. Wer weniger Parkplätze im Stadtbild möchte, müsste den Bau von erschwinglichen Tiefgaragen fördern. Und wer den Durchgangsverkehr unterbinden und die Bevölkerung vor Lärm schützen möchte, müsste sinnvolle Umfahrungen und Tunnelbauten planen. Von der rotgrünen Mehrheit in der Stadt Zürich ist solcher Pragmatismus nicht zu erwarten. Ihr geht es nur darum, die Stadt Zürich für Autos so unattraktiv wie nur möglich zu machen. Die einzige Partei, die sich konsequent gegen diese autofeindliche Politik einsetzt? Die SVP natürlich.

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Budgetdebatte 2025 – Jetzt ist es klar: Linke Finanzpolitik der letzten Jahre führt ins Fiasko

Seit vielen Jahren warnt die SVP vor einer massiven Überschuldung und Überinvestition der Stadt – und wurde dafür verhöhnt. Die vielen überbeuerten Schulhäuser, Sportzentren, Tagesschulen, Veloinfrastrukturen und die Sozialausgaben brechen den städtischen Finanzen das Genick.

Was die linksgrüne Mehrheit im Gemeinderat an Ausgaben bestellt hat und aller Voraussicht nach noch bestellen wird, führt nun im Budget und im Finanz- und Aufgabenplan zu einem Horrorszenario!

## «Auf hohem Niveau begrenzen»

Eine Netto-Neuerschuldung von rund zwei Milliarden Franken pro Jahr ge-

fährdet die Mittelflussrechnung (den Free Cashflow) der Stadt und führt zu einem Investitionsvolumen im zweistelligen Milliardenbereich, das nicht durch das reguläre Budget abgedeckt werden kann und grosse Fremdkapitalaufnahmen nach sich zieht. Der vom Stadtrat am 5. Dezember 2025 unter dem Titel «auf hohem Niveau begrenzen» vorgeschlagene Zielwert für Investitionen von

1,5 Milliarden Franken pro Jahr führt bis 2035 dennoch zu einem Investitionsvolumen von über 16 Milliarden Franken!

Nach Einschätzung der SVP ist dieses Investitionsvolumen bis 2035 auch bei gleichbleibender, sehr guter Wirtschaftslage viel zu hoch und wird die Kreditwürdigkeit der Stadt beeinträchtigen. Der von der SVP geforderte Politikwechsel wird nun dringender denn je.

Der Stadtrat hat zwar endlich eingesehen, eine Investitionsobergrenze einführen zu wollen. Wie er dies aber dem Gemeinderat beibringen will, ist schleierhaft. Die linksgrünen Politiker sind im Klima- und Ausgabenwahn und werden sich nicht mässigen. Selbst wenn man die Investitionsvorhaben verzögert umsetzen würde, verschlechtert sich die Schuldenlast der Stadt trotzdem gefährlich. Aus Erfahrung kann gesagt werden, dass Links-Links-Grün die Situation schönreden und in jeder Budgetdebatte wieder massive Forderungen nach immer neuen Investitionen stellen wird.

## Die Steuerzahler können den Schaden nicht berappen

Die Lage ist derart dramatisch, dass selbst eine Verdoppelung der Steuerbelastung die Situation nicht nennenswert verbessern würde. Die Steuerzahler könnten den von den linken Politikern angerichteten Schaden nicht aus eige-

ner Tasche berappen. Das Problem liegt nicht auf der Einnahmenseite, sondern ist im linken Ausgabenrausch zu finden.

In den letzten Jahren konnte der Finanzvorstand regelmässig einen Ausgabenüberschuss budgetieren, um dann mit einem Ertragsüberschuss in der Rechnung abzuschliessen. Die goldenen Zeiten sind vorbei. Die Auswirkungen des negativen Cashflows werden bereits in der laufenden Rechnung zu spüren sein.

## Ein Politikwechsel ist dringend nötig

Das Einzige, was die Finanzen der Stadt retten könnte, wäre ein bürgerlicher Finanzvorstand, der weiss, wie man einen Finanzhaushalt zu führen hat. Die Velo- und Klimaprojekte müssen gestrichen werden. Die Projekte der teuren Schulhäuser und Sportanlagen müssen sofort gestoppt und besser geplant werden. Die Ausgaben in der Erfolgsrechnung müssen vermindert und die Investitionen auf ein gesundes Mass reduziert werden. Der Mittelabfluss muss aus dem Cashflow gedeckt werden können. Die Nettoverschuldung muss per sofort gestoppt werden.

Das Fazit ist klar: Die linke Regierung lebt auf Kosten künftiger Generationen, der linke Gemeinderat kennt kein Mass. Ein Politikwechsel ist dringend nötig, um die Stadt Zürich vor dem sicheren finanziellen Untergang zu retten.

Fraktionserklärung der SVP



Die Stadt Zürich braucht zwingend einen bürgerlichen Finanzvorstand, um den linken Ausgabenrausch zu stoppen – am 8. März 2026 haben Sie es in der Hand!

Bild: Adobe Stock

## AUS DEM GEMEINDERAT WÄDENSWIL

## Ein Schelm, wer Böses dabei denkt

Jede Vorlage des Stadtrats läuft ein gewisses Risiko, im Gemeinderat bzw. bereits von der vorbereitenden Kommission abgelehnt zu werden. Haben danach überdies die Stimmberechtigten das letzte Wort, steigt dieses Risiko. Das könnte für den Stadtrat durchaus lästig sein.

Charlotte M. Baer  
Gemeinderätin und  
Fraktionspräsidentin SVP  
Wädenswil

Nicht jede Grossinvestition kommt an die Urne. Liegt der beantragte Kredit zunächst unter der Limite von vier Millionen Franken und muss der Stadtrat im Anschluss an dessen Bewilligung Nachtragskredite sprechen, sodass diese Summe überschritten wird, können sich die Stimmberechtigten nicht mehr äussern. Ebenso wenig, wenn der Stadtrat eine noch so hohe Ausgabe als «gebunden» qualifiziert. Denn die Bewilligung gebundener Ausgaben fällt, unabhängig von deren Höhe, abschliessend in die Kompetenz des Stadtrats.

## Nachtragskredit – Fluch oder Segen?

«Es kommt darauf an». – Für den Stadtrat kann ein Nachtragskredit sehr wohl ein Segen sein, wie das folgende Beispiel zeigt: Im Herbst 2024 hat der Gemeinderat einen Gesamtkredit von 3,7 Millionen Franken für einen Kunstrasen-Trainingsplatz des Fussballclubs Wädenswil auf der Sportanlage «Beichlen» bewilligt. Im Juli 2025 hat der Stadtrat in eigener Kompetenz einen Zusatzkredit von 260 000 Franken sprechen müssen, weil der Baukredit von 1,9 Millionen Franken auf einer falschen Kostenschätzung basiert. Die neue Gesamtkreditsumme von 3,96 Millionen Franken liegt nun gerade einmal bescheidene 40 000 Franken unter der Limite für eine Volksabstimmung. Die Notwendigkeit des neuen Spielfelds stand sowohl im Gemeinderat als auch in der vorbereitenden Sachkommission ausser Frage und ist eine sinnvolle Investition für den Breitensport. Dennoch:

Fussball polarisiert! Und wer weiss, ob diese Grossinvestition auch die Hürde der Volksabstimmung genommen hätte?

## Hütet Euch vor gebundenen Ausgaben!

Szenenwechsel: Seit Ausbruch des Ukrainekriegs hat der Stadtrat Kredite in Millionenhöhe für nicht weniger als fünf Asyl- und Notunterkünfte in eigener Kompetenz bewilligt, letztmals im Februar 2025 3,93 Millionen (!) Franken. Sämtliche Kredite hat er jeweils – unter grosszügiger Auslegung des Begriffs – als «gebunden» qualifiziert. Basierend auf dem erwähnten stadträtlichen Ausgabenbeschluss stand anlässlich der gemeinderätlichen Budgetdebatte vom 8. Dezember 2025 eine Investition von zwei Millionen Franken zur Diskussion. Aufgrund des überzeugenden Votums von SVP-Gemeinderat und GRPK-Vizepräsident Marco Kronauer haben die

bürgerlichen Fraktionen, sekundiert von der Mitte-Partei, jedoch die Reissleine gezogen und das Investitionsvorhaben gegen den Willen des Stadtrats abgelehnt. Sie monierten, dass gegenwärtig noch genügend Plätze zur Verfügung stehen; ausserdem seien für die Sanierung und Erneuerung der Asyl- und Notunterkünfte im «Hänsital» weitere 700 000 Franken in der Investitionsrechnung eingestellt. Nur der Vollständigkeit halber sei ergänzt, dass es ursprünglich noch hiess, die Hänsital-Siedlung werde stillgelegt, da sie nicht zonenkonform sei.

## Früher Wink mit dem Zaunpfahl

Die gemeinderätliche Ablehnung der Zwei-Millionen-Investition dürfte den Mehrheitswillen der Wädenswiler Stimmberechtigten deutlich widerspiegeln. Auf das neulich zu einer Asylunterkunft umgebaute alte Gemeindehaus in Schö-

nenberg reagierte vor allem die ältere Bevölkerung zu Recht mit Unmut, waren dort doch anfänglich Alterswohnungen geplant. Bereits im Sommer 2022 leisteten die Anwohnenden im Gebiet Zopf/Alte Landstrasse erfolgreich Widerstand gegen eine geplante Containersiedlung für über 140 Asylanten inmitten eines Wohnquartiers mit zahlreichen Familien.

## In Bundesbern liegt der Hund begraben!

Während der verantwortliche Bundesrat Beat Jans in völlig deplatziertes Gut-mensch-Manier vor sich hindämmert, anstatt die Missstände in der Asylpolitik endlich energisch anzupacken, müssen die Gemeinden die verheerenden Konsequenzen auslöffeln. Eine fortlaufende Erhöhung der Aufnahmequote ist keine Lösung gegen die zunehmende Wohnungsnot, Integrationsschwierigkeiten, wachsende Kriminalität und explodierenden Kosten – alles zulasten der Schweizerinnen und Schweizer, die sich im eigenen Land fremd fühlen!



Die SVP setzt sich konsequent dafür ein, dass die Wädenswiler Steuergelder sinnvoll ausgegeben werden.

Bild: Adobe Stock

UMSTRUKTURIERUNG UND STILLE WAHL

## Bezirksgericht Andelfingen still gewählt

Nach Ablauf der zweiten Frist ist das sechsköpfige Bezirksgericht Andelfingen für die nächste Amtsdauer 2026 bis 2032 still gewählt. Das heisst, dass es keinen Urnengang geben wird und die Parteien sich damit einen kostenintensiven Wahlkampf sparen können.

RoMü. Bei den letzten Ersatzwahlen in das Bezirksgericht Andelfingen brauchte es noch zwei Wahlgänge, bis es Patrick Blumer (FDP) schaffte, im damals fünfköpfigen Bezirksgericht neu Einsitz zu nehmen. Für das kommende Jahr stehen für die sechsjährige Amtsdauer Gesamterneuerungswahlen an. Im Vorfeld wurde basierend auf einem Beschluss des Zürcher Kantonsrates dem Bezirksgericht eine Aufstockung eingeräumt, indem man ihm die bisherigen 180 Stellenprozente auf neu 260 Stellenprozente erhöhte. Diese sollen mit einem sechsten Mitglied aufgestockt werden. Bisher waren der Präsident zu 100 Prozent sowie die vier Richtersitze zu je 20 Prozent tätig. Diese Aufstockung erfolgt auch vor dem Hintergrund, dass der bisherige Gerichtsschreiber ebenfalls als Richter tätig war und pensioniert wird. Somit ist sein Pensum ausserhalb der ordentlichen 180 Stellenprozente ebenfalls frei geworden. Speziell für gewählte Richter gilt, dass sie bis 69-jährig dieses Amt ausführen können. Ein bis zwei Richter müssen über Zwangsmassnahmen wie Untersuchungshaft entscheiden können. Zudem müssen auch Frauen dem Gremium angehören, damit diese auch für Delikte an Frauen entscheiden können.

### Sechs Richterstellen sind still gewählt

Neu werden nebst dem Präsidium mit 100 Stellenprozente zwei Richterstellen mit je 50 sowie drei mit je 20 Stellenprozente geschaffen. Für die eigentlichen Erneuerungswahlen lagen keine Rücktritte vor und die interparteiliche Konferenz vom Bezirk Andelfingen konnte sich im Vorfeld auf eine Sitzverteilung einigen. Dabei wird es immer schwieriger, Richterpersönlichkeiten für Teilpensen zu finden. Der



Das neu auf sechs Mitglieder aufgestockte Bezirksgerichtsgremium für den Bezirk Andelfingen ist still gewählt worden.

Bild: zvg

Kanton Zürich hat vor einigen Jahren abgeschafft, dass auch Laien in diese Funktionen gewählt werden können. Somit sind neu nur noch ausgewiesene Juristinnen und Juristen zugelassen. Die SP kann nun ihren vor zwei Jahren an die FDP verlorenen Sitz wieder neu mit Martina Pfrirter mit einem Teilamt von 20 Prozent besetzen. Zusammen mit den bisherigen Cornelia Ott Douar (SP) und Andreas Knöpfli (FDP) werden die beiden anderen 20-Prozent-Teilämter besetzt. Knöpfli ist als Laie noch der letzte im ganzen Kanton Zürich verbliebene aktive Bezirksrichter. Mit Jahrgang 1961 profitiert der

bisherige Vizepräsident zudem von der Altersgrenze von 69 Jahren. Die beiden neuen 50-Prozent-Stellen werden von Patrick Blumer (FDP) und Evelyne Steiner-Nägeli ausgeübt. Das Präsidium im Vollamt übt weiterhin Thomas Keller (SVP) aus.

Da auch in der zweiten siebentägigen Frist an den Wahlvorschlägen mit zusätzlichen Nominierungen keine Änderungen vorgenommen worden sind, ist die Wahl still erfolgt. Somit braucht es keinen Urnengang und kostenintensiven Wahlkampf, um das neue Gericht zu wählen. Der Amtsantritt erfolgt Mitte 2026.

SVP HOMBRECHTIKON

## Samichlaus-Standaktion der SVP Hombrechtikon

Fast das gesamte SVP-Kandidatenteam verteilte der Bevölkerung am Samichlaustag Punsch, Grittibänze, Weihnachtsguetzli, Erdnüsse und Schokolade.

Die Stimmung war heiter, die Kandidatinnen und Kandidaten guter Dinge und das SVP-Sünneli erhellte und wärmte den Postvorplatz fast so gut wie der Punsch. Viele Passantinnen und Passanten verweilten überraschend lange an unserem Stand. Möglicherweise wegen der Süssigkeiten, vielleicht aber auch wegen der guten Gespräche.

Nach dem Wahlauftritt im November zeigte nun auch die zweite Wahlkampftrunde eindrücklich, wie wichtig der direkte Austausch mit der Bevölkerung ist. Was beschäftigt die Menschen? Welche Sorgen und Nöte nehmen zu? Welche Erwartungen haben sie an ihre künftigen Behördenmitglieder? Und wo wurde in den vergangenen Jahren von der Politik nur zugeschaut oder sogar falsch abgelenkt anstatt im Sinne der Bürger gehandelt?

### Jetzt ist die Zeit für mehr SVP

Klimahysterie und Corona sind aus den Schlagzeilen verschwunden. Heute sorgen sich die Menschen um ihre Arbeitsplätze, um die zunehmend ausgehöhlten Sozialwerke, um den ins Ausland verschenkten Wohlstand und um die stetig steigenden Lebenshaltungskosten. Das Sicherheitsbedürfnis, global wie di-

rekt vor der eigenen Haustüre, nimmt spürbar zu. Viele diskutieren wieder ernsthaft über den härter gewordenen Alltag. Auch das letzte Abstimmungswochenende zeigte, dass die Grosswetterlage gedreht hat und zahlreiche Bürgerinnen und Bürger aus den rotgrünen Träumereien erwachen. Gleichzeitig wächst aber auch die Hoffnung und die Gewissheit, dass wir jetzt am Wendepunkt stehen und Kurskorrekturen unmittelbar möglich sind.

Das breit abgestützte Kandidatenteam der SVP Hombrechtikon ist bereit, eine verlässliche, konsequente und lösungsorientierte Gemeindepolitik voranzutreiben. Stephan Gafner (Kandidat für den Gemeinderat und das Gemeindepresidium) und Christian Walliker (Kandidat für den Gemeinderat) treten zusammen mit Corinne Alder, Beni Meili und Irene Trebuchci (Schulpflege), Alex Hauenstein und Urs Mumprecht (RGPK) sowie Urs Ruoss und Aaron Gafner (Sozialbehörde) an, um sich mit voller Kraft für die Anliegen und Bedürfnisse der Bevölkerung von Hombrechtikon und Feldbach einzusetzen.

Stephan Gafner,  
Präsident SVP Hombrechtikon



Die SVP Hombrechtikon steckt mitten im Wahlkampf, damit auf Gemeindeebene wieder die richtigen Prioritäten zum Wohle der Bürger gesetzt werden. Bild: zvg

SVP ZÜRICH KREIS 12

## Gelungenes Klaus- und Helferessen der Kreispartei 12

Am 2. Dezember 2025 konnte die Kreispartei 12 ihr traditionelles Klaus- und Helferessen durchführen – ein Anlass, der in diesem Jahr auf besonders grosses Echo stiess.

Rund 40 Personen, darunter Mitglieder und Unterstützende, fanden sich ein und nahmen sich Zeit, gemeinsam einen gemütlichen Abend zu verbringen.

Nach der Begrüssung durch Kreisparteipräsident Markus Weidmann und Vizepräsident Michele Romagnolo wurde das festliche Menü serviert. Gastgeberin Maya Nüsch verwöhnte die Gäste mit einem reichhaltigen Essen bestehend aus frischem Salat, Zürcher Geschnetzeltem und einem feinen Dessert. Auch Wein und weitere Getränke wurden grosszügig spendiert.

Zur Unterhaltung wurde ein Bingo-Spiel organisiert, das sofort für Spannung und Begeisterung sorgte. Die Gäste spielten mit so viel Freude und Einsatz, dass gleich drei Runden durchgeführt wurden.

Ein besonderer Höhepunkt war der Überraschungsauftritt des Schmutzli, der in Vertretung des Santa Claus erschien. Er erklärte mit einem Augenzwinkern, dass Santa Claus wegen schwieriger Verkehrs- und Parkplatzverhältnisse in Zürich verhindert sei – selbst der Anruf bei Stadträtin Simone Brander habe nicht weitergeholfen. Der Schmutzli übernahm daher dessen Aufgabe und verteilte im Namen des Santa Claus kleine Säcklein an alle Anwesenden. Dabei kam es zu vielen herzlichen Gesprächen.

Auch nach seinem Abschied blieb die Stimmung hervorragend. Zum Abschluss verkündete Vizepräsident Michele Romagnolo das offizielle Ende des gelungenen Anlasses.



Anstelle des Santa Claus kam dieses Jahr der Schmutzli vorbei – dies war der katastrophalen Verkehrspolitik der Stadträtin Brander geschuldet. Bild: zvg

Einladung zum  
Polit-Lunch



SVP des Bezirks Andelfingen - Wir machen Politik fürs Weinland.

Nationalrätin  
Therese Schläpfer  
Sessionsrückblick 2025  
«Bern ohne Filter»



<b>WANN:</b> Mittwoch, 7. Januar 2026 11.30 – 14.00 Uhr	<b>PROGRAMM:</b> 11.30 Uhr Apéro 12.00 Uhr Mittagessen auf Kosten der Teilnehmer 13.00 Uhr Referat 13.30 Uhr Diskussion 14.00 Uhr Ende
--	--

**WO:**  
Restaurant Bahnhof  
Alte Andelfingerstrasse 2  
8444 Henggart ZH

Besten Dank für Ihre **Anmeldung** bis **Sonntag, 4. Januar 2026**  
(bitte Menu-Wahl angeben: Fleisch oder Vegetarisch)

Anmeldung:  
[ycaspar@sunrise.ch](mailto:ycaspar@sunrise.ch) oder  
Tel: 079 521 71 34 (Fr. Caspar)  
oder per QR-Code



Alle sind herzlich  
willkommen!



**SVP DIGITAL**

**Teleblocher**  
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

**In den Sümpfen von Bern**  
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

**Weltwoche daily**  
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.

**SVP des Kantons Zürich**  
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

**Wortwächsel**  
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

**SVP-VERANSTALTUNGEN**

**Bezirk Andelfingen**  
Mittwoch, 7. Januar 2026, 11.30 Uhr, Polit-Lunch, Restaurant Bahnhof, Alte Andelfingerstrasse 2, Henggart, mit Nationalrätin Therese Schläpfer. Mittagessen auf Kosten der Teilnehmer. Anmeldung bis 4. Januar 2026 (mit Wahl Fleisch oder vegetarisch) an ycaspar@sunrise.ch.

**Bezirk Dietikon/Dietikon**  
Freitag, 30. Januar 2026, 18.30 Uhr, SVP-Party, Clubhaus RGL, Spreitenbacherstrasse, Dietikon, mit Nationalrat Thomas Matter. Anmeldung bis 15. Januar 2026 an roger.bachmann@bluemail.ch.

**Bezirk Meilen/Herrliberg**  
Freitag, 2. Januar 2026, 14.00 Uhr, Bächtelhöck, Waldhütte, Hüttenweg 30, Herrliberg.

**Bezirk Winterthur/Hettlingen**  
Sonntag, 4. Januar 2026, 16.00 Uhr, Neu-jahsapéro, Zelglitrotte, Seuzacherstrasse 4, Hettlingen.

**IMPRESSUM**

**Zürcher Bauer** ISSN 1660-6701  
ISSN 2296-3480

**Der Zürcher Bote**

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

**Jahresabonnement Print + Online:** Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

**Interne Autoren:** SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Insertatennahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

**SVP-STÄMME**

**Bezirk Bülach/Bachenbülach**  
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

**Bezirk Bülach/Embrach**  
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

**Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf, Regensberg und Steinmaur**  
Jeden Dienstag, ab 17.30 Uhr, Gasthof zum Kreuz, Bachserstrasse 7, Steinmaur.

**Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf**  
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

**Bezirk Horgen/Adliswil**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

**Bezirk Horgen/Thalwil**  
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

**Bezirk Meilen/Stäfa**  
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00–22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

**Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon**  
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

**Bezirk Uster/Uster**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss https://event.evagic.com/svp-uster.

**Stadt Winterthur**  
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

**Stadt Winterthur/Wülflingen**  
Jeden Samstag, 11.00–12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

**Stadt Zürich/Kreis 6**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamedingerplatz 2, Zürich.

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

**VERANSTALTUNGEN GEGEN DEN EU-UNTERWERFUNGSVERTRAG**

**Bezirk Andelfingen/Laufen-Uhwiesen**  
Freitag, 3. Juli 2026, 18.30 Uhr, Schützenhaus, Steinerberg 313, Uhwiesen.

**Bezirk Andelfingen/Ossingen**  
Mittwoch, 21. Januar 2026, 19.30 Uhr, Weinhandlung Wiesendanger, Im Berg 3, Ossingen, mit den Nationalrätin Barbara Steinemann und Gregor Rutz sowie Kantonsrat Urs Wegmann.

**Bezirk Hinwil/Hinwil**  
Montag, 9. Februar 2026, 19.30 Uhr, Restaurant Hirschen, Zürichstrasse 2, Hinwil,

**Sie lieben die Schweiz?**

Treten Sie noch heute der SVP bei und setzen Sie sich für unser Land ein.

**SVP**  
Die Partei des Mittelstandes

mit den Nationalrätin Barbara Steinemann und Gregor Rutz.

**Bezirk Uster/Uster**  
Donnerstag, 26. März 2026, 18.30 Uhr, Zeughausareal, Berchtoldstrasse 10, Uster, mit den Nationalrätin Barbara Steinemann, Martin Hübscher und Pascal Schmid.

**Bezirk Uster/Wangen-Brüttisellen**  
Montag, 26. Januar 2026, 19.30 Uhr, Gsellhof, Schüracherstrasse 10, Brüttisellen, mit den Nationalrätin Barbara Steinemann und Gregor Rutz sowie Kantonsrat Urs Wegmann.

**Bezirk Winterthur/Hettlingen**  
Montag, 23. März 2026, 18.00 Uhr, Zelglitrotte, Seuzacherstrasse 4, Hettlingen.

**WEITERE VERANSTALTUNGEN**

Donnerstag, 8. Januar 2026, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Schulhaus Altlandenberg, Altlandenbergstrasse 4, Bauma.

Samstag, 21. Februar 2026, 09.00–16.00 Uhr, Jasscup der SVP Schweiz, Breitisaal, Seebnerstrasse 21, Winkel. Weitere Informationen zur Anmeldung folgen.

**Ordentliche Richterin / Ordentlicher Richter mit Hauptsprache Deutsch**

**Bundesstrafgericht**

Bellinzona / 80-100 %

**Diesen Beitrag können Sie leisten**

- Sie sind – gemäss Zuteilungsentscheid des Plenums – als ordentliche Richterin bzw. ordentlicher Richter an der Beschwerdekammer oder der Strafkammer tätig.
- Sie erarbeiten Berichte sowie Entwürfe von Urteilen und Entscheidungen.
- Sie nehmen an den Vorbereitungsitzungen für Debatten, den Debatten selbst und an den Beratungen teil.
- Sie verfassen die Erwägungen für die Urteile und Entscheide.

**Auf den Punkt gebracht**

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt die Richterinnen und Richter des Bundesstrafgerichts. Die Gerichtskommission ist zuständig für die Vorbereitung der Wahlen. Die gerichtsinterne Zuteilung an die Abteilungen liegt in der alleinigen Zuständigkeit des Gerichts.

**Alle weiteren Infos detailliert:**

**Bewerbungsfrist:** 7. Januar 2026  
**Eintrittsdatum:** 1. Juni 2026  
**Entlohnung:** Lohnklasse 33 (je nach Alter und Erfahrung, vgl. Art. 5 der Richterverordnung, SR 173.711.2)

Fragen zur Bewerbung	Fragen zur Stelle
Anne Dieu Sekretärin der Gerichtskommission Tel.: 058 322 94 26 <a href="mailto:GK_CJ@parl.admin.ch">GK_CJ@parl.admin.ch</a>	Alberto Fabbri Präsident des Bundesstrafgerichts Tel.: 058 480 68 68 <a href="mailto:info@bstger.ch">info@bstger.ch</a>

**Die nächsten Schritte**

- Bewerbung mit komplettem Bewerbungsdossier einschliesslich Angabe von mehreren Referenzpersonen mit Telefonnummer, Publikationsliste, Straf- und Betreibungsregisterauszug
- Prüfung der Bewerbungen durch die Subkommission
- Anhörung in der Plenarkommission
- Empfehlung an die parlamentarischen Fraktionen
- Vorschlag der Gerichtskommission
- Wahl in der Frühjahrsession 2026

Dübendorf, 9. Dezember 2025

**EINLADUNG**  
zur Delegiertenversammlung  
**Donnerstag, 8. Januar 2026, 19.30 Uhr**  
Schulhaus Altlandenberg, Altlandenbergstrasse 4, 8494 Bauma

**Vorprogramm**

Türöffnung und Verpflegung ab 18.30 Uhr, Vorprogramm ab 18.45 Uhr

- Geniessen Sie heissen Schinken oder Schweinswürstchen mit Kartoffelsalat und eine leckere Tortenauswahl
- Musikalischer Auftakt durch die Harmonie Bauma
- Begrüssung durch Kantonsrat Paul von Euw, Bezirkspräsident Pfäffikon

**Traktanden**

- Begrüssung und Standortbestimmung** Parteipräsident
- Wahl der Stimmzähler** Parteipräsident
- Eidg. Abstimmungsvorlagen vom 8. März 2026 - Parolenfassung**
  - Bargeld-Initiative: «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)»** NR Mauro Tuena
  - Klima-Fonds-Initiative: «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt»** NR Nina Fehr Düsel
  - Individual-Besteuerung: Bundesgesetz vom 20. Juni 2025** NR Benjamin Fischer
- PAUSE mit Verpflegungsmöglichkeit**
- SRG-Initiative; 200 Franken sind genug** NR Gregor Rutz
- «Weshalb braucht es gerade jetzt gute SVP-Mandatsträger in den Gemeinden?»** alt Bundesrat Ueli Maurer  
Input-Referat
- Aktuelle Informationen aus der Wahlkommission** KR Patrick Walder, Präsident WAKO
- Nationale Wahlen: Ehrencharta und Grundsätze 2027 / Verpflichtungserklärung Kandidat** Roger Liebi, Präsident FiKo
- Rahmenabkommen** NR Mauro Tuena
- Verschiedenes**